

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 83 (2003)
Heft: 3

Artikel: Wir brauchen eine glaubwürdige Energiepolitik
Autor: Leuenberger, Moritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166843>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

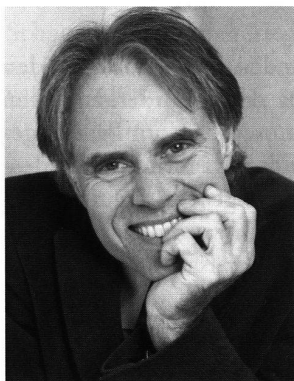
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moritz Leuenberger, Bundesrat, Vorsteher
des Eidgenössischen Departements für Um-
welt, Verkehr, Energie und Kommunikation

WIR BRAUCHEN EINE GLAUBWÜRDIGE ENERGIEPOLITIK



Die Beiträge im Dossier dieses Heftes befassen sich mit den beiden Atominitiativen, die am 18. Mai zur Abstimmung kommen, und sie zeigen, wie nötig es ist, unsere Energiepolitik ganz grundsätzlich neu zu gestalten.

Ausstiegsinitiativen sind in der Schweiz bis heute

nie angenommen worden, wohl weil der Mut zu einem Schritt fehlte, der uns zwänge, 37 Prozent unserer Stromproduktion anderswo zu beschaffen. Eine Moratoriumsinitiative hingegen hat es da leichter: Sie verhindert zwar neue KKW, aber niemand muss vorläufig auf etwas verzichten, und niemand wird gezwungen, zu handeln. Irgendwie wird's dann schon gerichtet, denkt sich der Strauss. Die jetzt zur Diskussion stehende Initiative «MoratoriumPlus» ist

*Irgendwie wird's dann schon gerichtet,
denkt sich der Strauss.*

mehr als ein blosser Aufschub. Sie gibt ebenfalls einen Fahrplan vor, wie der Ausstieg auf absehbare Zeit zu organisieren ist: Nach vierzig Jahren muss sich jedes KKW einer strengen Sicherheitskontrolle und einer (fakultativen) Referendumsabstimmung stellen.

Würden alle Schweizer KKW nach diesen vierzig Jahren vom Netz gehen, so müssten wir in den kommenden zwanzig Jahren die 37 Prozent KKW-Strom schrittweise ersetzen. Konkret hiesse das eigentlich: Wir hätten die Wasserkraft auszubauen, einheimische erneuerbare Energien zu fördern, rationelle Energienutzung voranzutreiben usw. Das alles ist wünschbar. Doch den Glauben, wonach all diese sinnvollen Folgen sich zwingend aus der «MoratoriumPlus»-Initiative ergäben, mag ich nicht so recht teilen. Was ist

denn in den vergangenen Jahren nicht alles abgelehnt worden! Der Solarrappen, die Förderabgabe, die bescheidenen Lenkungsabgaben im Elektrizitätsmarktgesetz, jeder Ansatz zu einer ökologischen Steuerreform. Alle energiepolitischen Dialoge sind gescheitert, die Lagerung von radioaktiven Abfällen am Wellenberg ist verworfen worden, und schon nur gegen die blossen Sondierungen in Benken gibt es heftigen Widerstand.

Eine neue Energiepolitik ist erst glaubwürdig, wenn sie erneuerbare Energien wirklich fördert und nicht bei jedem Windrad und Staudamm landschaftsschützende Argumente dann doch wieder wichtiger sind; sie ist erst umsetzbar, wenn nicht bei jedem Förderbeitrag dem eigenen Portemonnaie der Vorzug gegeben wird; und sie ist erst nachhaltig, wenn der radioaktive Abfall in der Schweiz gelagert wird.

Erst wenn wir in unserer Mehrheit auch tatsächlich bereit sind, solche Szenarien zu verwirklichen, ist ein Moratorium, wie es die Initiative vorschlägt, glaubwürdig. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass wir den fehlenden Strom, statt ihn im eigenen Land zu produzieren, einfach importieren. So würden wir uns selbst gleich doppelt täuschen. Ist es ebenfalls Atomstrom, erhöhen wir unsere Sicherheit keineswegs: Ein Unfall im Ausland betrifft ja auch uns, Tschernobyl hat es gezeigt. Ist es Strom aus ausländischen Kohle-, Gas- oder Ölkraftwerken, bewirken wir mit dem Moratorium gerade das Gegenteil einer nachhaltigen Energiepolitik: Wir fördern den CO₂-Ausstoss und verstärken so den Treibhauseffekt.

Moratorium kommt aus dem Lateinischen und heisst «Pause». Mit einem blossen Aufschub haben wir jedenfalls noch gar nichts getan. Deswegen ist es, ganz unabhängig davon, ob die Initiative angenommen oder abgelehnt wird, die imperative Aufgabe, eine glaubwürdige Energiepolitik zu verwirklichen. Atomare Abfälle müssen gelagert werden, erneuerbare Energien müssen zur Verfügung stehen, und es muss weniger CO₂ ausgestossen werden. Erst wenn wir eine solche Energiepolitik nicht nur propagieren, sondern auch tatsächlich umsetzen, sind wir glaubwürdig. ♦